

wäre keine unmittelbare Tagesaufgabe, wengleich eine Vertragsgemeinschaft deren Ansätze enthalten könnte.

Die Herausbildung einer Konföderation könnte nur innerhalb eines gesamteuropäischen Rahmens, im Prozeß der Errichtung des europäischen Hauses erfolgen, unter Wahrung der Zweistaatlichkeit als Faktor europäischer Sicherheit. Deutsch-deutsche Alleingänge würden Zweifel und Mißtrauen bei den europäischen Nachbarn wecken. Alle Ansätze für eine Konföderation, wenn sie lediglich als kurzzeitige Zwischenstufe für den alsbaldigen Anschluß der DDR zu den politischen und gesellschaftlichen Bedingungen der BRD anvisiert werden, sind unakzeptabel. Dies wäre nichts anderes als eine zeitgemäße Version der Anschlußpolitik. Dabei übersehen wir nicht, daß auch andere interessante Konzepte hierzu von Parteien und Vereinigungen in der DDR, aber auch in der BRD, so in der SPD, entwickelt werden, deren grundsätzlicher Erörterung nichts im Wege stehen sollte.

9. Der Ausbau einer Vertragsgemeinschaft und der mögliche Weg zu einer Konföderation könnten ein geschichtlicher Beitrag der DDR und der BRD zur schrittweisen Schaffung einer europäischen Friedensordnung sein und von diesem Prozeß selbst wichtige Impulse erhalten.

Ein solches Europa - weitgehend entmilitarisiert, gekennzeichnet durch Angriffsunfähigkeit seiner Staaten und durch Sicherheitspartnerschaft, durch freien Verkehr der Menschen und allseitige Zusammenarbeit - wird die Frage des Verhältnisses der Staaten und Völker zueinander neu stellen. Und dies gilt dann auch für beide deutschen Staaten. Sie müssen sich für die geschichtliche Entwicklung offen zeigen.

Ausführungen des sowjetischen Außenministers Eduard Schewardnadse zur Deutschen Frage

**Rede vor dem Politischen Ausschuß des Europäischen Parlaments in Brüssel
am 19. Dezember 1989 (Auszug)**

(. . .) Wir sind für die weitere friedliche Zusammenarbeit zwischen der DDR und der BRD auf den Grundlagen der Achtung der Gleichheit und der Souveränität der beiden deutschen Staaten. Was die Zukunft angeht, so wird sie im Verlauf der Geschichte im Rahmen der Entwicklung des gesamteuropäischen Prozesses entschieden.

Die Position ist klar, unzweideutig und erschöpfend. In ihrem Grenzbereich möchte ich ein wenig laut nachdenken.

Die heutigen Ereignisse finden unter den Bedingungen der realen Existenz zweier deutscher Staaten statt, die von der ganzen Welt anerkannt sind und sich in dieser Art auch selbst anerkennen.

Sie finden zu Bedingungen statt, unter denen diese beiden Staaten nicht nur verschiedenen, sondern auch sich gegenüberstehenden militärisch-politischen Bündnissen angehören.

In der Zukunft wird die Notwendigkeit der Existenz dieser Bündnisse entfallen, aber der Weg zu diesem Ziel wird nicht leicht sein. Er setzt eine tiefgreifende Veränderung in den Beziehungen zwischen der NATO und dem Warschauer Vertrag sowie die Veränderung der Art dieser Organisationen selbst voraus.

Auch der Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD, der 1972 unterzeichnet wurde und unbefristet ist, sieht nicht zufällig nur die allmähliche Entwicklung der

Beziehungen der beiden souveränen deutschen Staaten in aufsteigender Form vor: von der Existenz nebeneinander zu einer Existenz miteinander und die Ausarbeitung engerer Formen der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit zwischen der DDR und der BRD im Einvernehmen mit der Entwicklung des gesamteuropäischen Prozesses.

Mir scheint, daß dies eine nüchterne Ansicht ist und eine solche Perspektive am ehesten den Interessen aller europäischen Völker und der Deutschen selbst entsprechen würde. Die Idee der Allmählichkeit, der Ausgewogenheit und des verantwortlichen Herangehens an die entstandenen Fragen sowie der Intensivierung der Kontakte zwischen der DDR und der BRD wird in den Erklärungen der Führer der beiden deutschen Staaten begrüßt.

Das muß man begrüßen. Die Grundlage der Entwicklung des Helsinki-Prozesses darf auf deutschem Boden nicht in Frage gestellt und nicht zerstört werden. Das ist unzulässig.

Die verbündeten Mächte tragen die Verantwortung für die vierseitigen Abkommen und die Beschlüsse der Kriegs- und Nachkriegszeit. Sie verfügen auf dem Territorium der DDR und der BRD über ein beträchtliches Kontingent an Streitkräften, die mit Atomwaffen ausgestattet sind.

Die juristischen und rechtlichen Realitäten kann man nicht ignorieren, ohne die jetzige Ordnung der Dinge zu gefährden, die schon mehr als 40 Jahre Frieden und Ruhe und die konstruktive Entwicklung zwischenstaatlicher Beziehungen in Europa gewährleistet.

Niemand ist daran interessiert, daß der historische Entwicklungsprozeß umgekehrt wird.

Einer der Hauptbestandteile der deutschen Frage und der gesamten europäischen Situation ist, daß die Tatsache der endgültigen und unumkehrbaren Entscheidung über die Grenzen in Europa anerkannt wird. Derjenige, der dies in Zweifel stellen will, verschließt hermetisch alle Möglichkeiten für ernsthafte Fortschritte in der Entwicklung der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD.

Selbstverständlich hat jeder deutsche Staat das Recht auf Selbstbestimmung. Aber es kann nur im Kontext mit anderen Normen und Prinzipien des Völkerrechts angewendet werden, unter Berücksichtigung der Besonderheiten der Lage der beiden deutschen Staaten und ihrer Verantwortung vor den Völkern ganz Europas und der Welt dafür, daß von deutschem Boden niemals wieder die Gefahr eines Krieges ausgeht.

Außerdem versteht sich der Begriff „Selbstbestimmung“ selbst so, daß jeder Druck von außen auf einen Staat ausgeschlossen wird. Deshalb sind alle Appelle oder Ratschläge, „sich selbst zu bestimmen“, und Vorschriften, wie und in welcher Zeit der Staatsaufbau der DDR zu ändern sei, nicht nur unangebracht, sondern können auch die Echtheit einer eventuellen angeblich freien Wahl dieser Art in Zweifel ziehen.

Zur historischen Information muß ich daran erinnern, daß die Sowjetunion bis zum Eintritt der BRD in die NATO für die Schaffung eines geeinten, demokratischen und entmilitarisierten Deutschlands eintrat und die Ansicht vertrat, daß eine Vereinigung beider deutscher Staaten unter bestimmten Bedingungen und in einem entsprechenden politisch-historischen Kontext möglich sei, wenn beide deutsche Staaten klar die dafür unerläßliche Bereitschaft zum Ausdruck bringen, darauf einzugehen.

Nachdem die BRD sich geweigert hatte, 1952 in ganz Deutschland freie Wahlen durchzuführen, und die BRD in das System der geschlossenen westlichen militärisch-politischen und wirtschaftlichen Blöcke einbezogen worden war, änderten sich die Umstände. Seitdem haben sich neue Realitäten herausgebildet, die organisch in neue europäische Nachkriegsstrukturen mündeten.

In jüngster Zeit wurde die Frage der Selbstbestimmung der deutschen Staaten zum Gegenstand heftiger Diskussionen. Appelle an die DDR, sich der BRD anzuschließen, rufen nicht nur bei den politischen Parteien und der Bevölkerung der DDR Unruhe hervor. Wurde ihnen doch vorgeschlagen, auf eine eigene Staatlichkeit zu verzichten und die DDR zu einem Teil der NATO zu machen.

Beunruhigt sind auch die Nachbarn der DDR und der BRD. Auch sie kann man verstehen. Kann man denn die Frage über diese oder jene Formen der Wiederherstellung der deutschen Einheit oder über praktische Ansätze bei ihrer Lösung auf eine reale Ebene stellen, ohne sich über viele lebenswichtige Momente im klaren zu sein?

1. Wo sind die politischen, juristischen und materiellen Garantien dafür, daß die deutsche Einheit in Zukunft nicht die nationale Sicherheit anderer Staaten und den Frieden in Europa gefährdet? Eine Antwort auf diese Frage gibt es nicht.

2. Wird ein solches hypothetisches Deutschland bereit sein - wenn es im Lauf der Zeit dazu kommt -, die existierenden Grenzen in Europa anzuerkennen und auf alle territorialen Ansprüche zu verzichten? Bekanntlicherweise weicht die Regierung der BRD einer Antwort auf diese Frage

3. Welchen Platz würde ein solches nationales deutsches Gebilde in den militärisch-politischen Strukturen einnehmen, die es auf unserem Kontinent gibt? Man kann doch nicht ernsthaft daran denken, daß sich der Status der DDR radikal ändert, während der Status der BRD beibehalten wird.

4. Wie wird im Falle der Bildung der deutschen Einheit das wirkliche Potential dieses neuen Gebildes aussehen, seine Militärdoktrin und die Struktur der Streitkräfte? Wird es zu einer Entmilitarisierung bereit sein, einen neutralen Status akzeptieren und seine wirtschaftlichen und anderen Kontakte zu Osteuropa radikal umgestalten, wie dies in der Vergangenheit beabsichtigt war?

5. Wie steht es um die Einstellung zur Anwesenheit alliierter Truppen auf deutschem Boden, zur weiteren Tätigkeit der militärischen Verbindungsstellen und zum Viernächteabkommen von 1971?

6. Wie wird sich die mögliche Schaffung eines solchen deutschen Gebildes in den Helsinki-Prozeß einfügen, und wird dies zu einer konstruktiven Entwicklung in Richtung auf die Überwindung der Spaltung Europas beitragen, in Richtung auf die Beseitigung jeder Diskriminierung in den Beziehungen zwischen den europäischen Staaten und in Richtung auf einen weiteren Schritt zur Bildung einheitlicher Rechts-, Wirtschafts-, Ökologie-, Kultur- und Informationsräume in Europa?

7. Werden die deutschen Staaten bereit sein, wenn sie sich in irgendeiner Form dafür aussprechen werden, die Bewegung zur Einheit der Deutschen zu beginnen, die Interessen der anderen europäischen Staaten zu berücksichtigen und auf kollektiver Grundlage gegenseitig annehmbare Lösungen für alle Fragen und Probleme zu suchen; die in diesem Zusammenhang auftreten können, darunter auch den Abschluß einer europäischen Friedensregelung?

Die Liste dieser Fragen kann man fortsetzen. Und man stellt sich diese Fragen natürlich nicht umsonst. Es geht um die grundsätzlichen Bedingungen der Existenz und Entwicklung der Völker Europas. In jedem Fall haben die Völker der Sowjetunion das Recht zu wissen, was die Veränderungen im Zentrum Europas für ihre Zukunft und ihre Sicherheit bedeuten. Wir haben für die jetzige europäische Stabilität mit 20 Millionen Menschenleben bezahlt.

Kann denn das deutsche Volk selbst die nationale Tragödie vergessen, in die es der Hitlerfaschismus geführt hat?

Als eine der verbündeten Mächte kann die UdSSR sich nicht der Verantwortung für mögliche Folgen dieser oder jener Entwicklung in Europa entziehen. Wir wollen uns aber auch nicht den legitimen Interessen der Deutschen entgegenstellen, eines großen Volkes, das unser naher Nachbar in Europa ist.

Wir wünschen den beiden deutschen Staaten nur Gutes. Mit der DDR verbindet uns die Allianz und die Freundschaft. Mit der BRD arbeiten wir in vielen Bereichen zusammen und haben entwickelte Beziehungen. Ihre Grundlage ist ein System von vertraglichen Verpflichtungen, dessen

Höhepunkt die historische Erklärung ist, die im Sommer diesen Jahres von Michail Gorbatschow und Bundeskanzler Helmut Kohl unterzeichnet wurde.

Da wir ein ständiges Mitglied des Sicherheitsrates sind, wird sich die UdSSR von der in der UN-Satzung zum Ausdruck gebrachten Entschlossenheit leiten lassen, „zukünftigen Generationen die Nöte eines Krieges zu ersparen, der der Menschheit zweimal in unserem Leben unsägliches Leid gebracht hat“.

Dies ist genau dann der Fall, wenn legitime Interessen einzelner Völker nicht den legitimen Interessen anderer entgegenstehen dürfen, daß eine Lösung nicht auf dem Weg einseitiger Handlungen und eigenmächtiger Schritte gefunden werden kann, sondern mit gegenseitigem Einvernehmen aller interessierten Seiten.

Jedes Recht beinhaltet die Pflicht, die Rechte anderer Menschen und anderer Völker zu berücksichtigen. Die Rechte sind gekoppelt an Verpflichtungen und Verantwortung, andernfalls sind es keine Rechte, sondern das traurig bekannte Faustrecht, das Gesetz des Stärkeren.

Wir teilen die Ansicht von Präsident Mitterrand, daß kein europäisches Land ohne Rücksicht auf das europäische Gleichgewicht handeln darf, ohne Rücksicht auf die Interessen der anderen, ohne Rücksicht auf die heutige historische Lage, die sich nach dem Zweiten Weltkrieg gebildet hat.

Wenn uns unsere politische Optik nicht im Stich läßt, so haben wir das Recht, folgenden Schluß zu ziehen: In Europa sind die Gespenster des politischen Extremismus aufgetaucht. Er verdrängt die politischen Realitäten und das historische Erinnerungsvermögen Hunderter Millionen. Er will irgendetwas formen und ignoriert dabei die alte Weisheit, daß man den Stoff nicht an einer Stelle so zusammennähen darf, daß er an vielen anderen reißt.

Es ist frevelhaft, nicht zu berücksichtigen, daß es im heutigen Europa, das bis an die Zähne - auch atomar - bewaffnet ist, sehr leicht ist, die Lage zu destabilisieren, eine Epidemie von Haß und Feindseligkeit auszulösen und den Kontinent in das Chaos der Zeiten der Wirren zurückzuwerfen.

Die Geschichte selbst hat Europa, wo in der Vergangenheit nicht nur einmal mit kriegesischen Bannern die nationale Idee auftauchte und wo die Folgen davon bis zum heutigen Tag zu spüren sind, eine erhöhte Behutsamkeit verschrieben. Und dieselbe Geschichte erinnert daran, daß die nationale Idee, die auf eine edle Sache abzielt, dem Fortschritt, dem Frieden und dem allgemeinen Nutzen der europäischen Völker gedient hat. (. . .)

Erklärungen des französischen Staatspräsidenten Francois Mitterrand zur Deutschen Frage

Die nachfolgend auszugsweise dokumentierten „Erklärungen des französischen Staatspräsidenten zur Deutschen Frage“ veröffentlichte die französische Botschaft in Bonn am 4. Januar 1990, zwei Wochen nach Mitterrands Staatsbesuch in der DDR. D. Red.

1. Begegnung mit Studenten, Intellektuellen und Künstlern an der Karl-Marx-Universität in Leipzig am 21. Dezember 1989 (Auszüge)

Francois Mitterrands Antwort auf eine Frage zur deutschen Einheit:

Meine Position ist ganz einfach. Erstens, die Einheit in der einen oder anderen Form - wir werden gleich noch darüber sprechen —, die Einheit der Deutschen betrifft zunächst die Deutschen. Nur